

## **Verordnung zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE\***

vom 17. Januar 1989 (Stand 1. Januar 2015)

---

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung von Art. 45 des Sozialhilfegesetzes vom 28. September 1998<sup>1\*</sup>

als Verordnung:<sup>2</sup>

### **I. Unterstellung von st.gallischen Einrichtungen unter die IVSE\*** (1.)

#### *Art. 1\* St.Gallische Einrichtungen*

<sup>1</sup> Als st.gallische Einrichtungen nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>3</sup> können der IVSE unterstellt werden:

- a) stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen, die von politischen Gemeinden geführt werden;
- b) private stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie heilpädagogische Gross- und Pflegefamilien mit einer kantonalen Betriebsbewilligung;
- c) kantonal anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung;
- d) ...
- e)\* stationäre Einrichtungen der Suchthilfe, die über eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton verfügen.

<sup>2</sup> Der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>4</sup> sind die nach dem Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung vom 7. August 2012<sup>5</sup> anerkannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung unterstellt.

---

1 sGS 381.1.

2 nGS 24–11. In Vollzug ab 1. März 1989.

3 sGS 381.31.

4 sGS 381.31.

5 Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung, sGS 381.4.

## 387.21

### Art. 2\* *Unterstellung* a) *Voraussetzungen*

<sup>1</sup> St.Gallische Einrichtungen nach Art. 1 Abs. 1 dieses Erlasses werden der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>6</sup> unterstellt, wenn sie:

- a) einem Bedürfnis entsprechen und keine Gewinnabsicht haben;
- b) fachgerecht und wirtschaftlich geführt werden;
- c) angemessene Leistungsabgeltung verlangen.

### Art. 3\* *b) Zuständigkeit*

<sup>1</sup> Die Unterstellung verfügen:

- a) das Departement des Innern für Einrichtungen nach Art. 1 Bst. a und b dieses Erlasses;
- b)\* das Bildungsdepartement für Einrichtungen nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses;
- c)\* das Gesundheitsdepartement für Einrichtungen nach Art. 1 Bst. e dieses Erlasses.

### Art. 4\* *c) Widerruf*

<sup>1</sup> Die Unterstellung kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht mehr erfüllt sind.

## II. Aufsicht

(2.)

### Art. 5\* *Fachliche Aufsicht*

<sup>1</sup> Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen der Sonderschulung richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen der Sonderschulung.<sup>8</sup>

<sup>3</sup> Die fachliche Aufsicht über Einrichtungen für Menschen mit Behinderung richtet sich nach den besonderen Vorschriften über Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.<sup>9</sup>

---

6 sGS 381.31.

7 eidgV über die Aufnahme von Pflegekindern vom 19. Oktober 1977, SR 211.222.338; SoG, sGS 213.95; Sonderschulverordnung, sGS 213.951; SHG, sGS 381.1; PKV, sGS 912.3.

8 Gesetz über Kantonsbeiträge an private Sonderschulen, sGS 213.95.

9 BehG, sGS 381.4; BehV, sGS 381.41.

<sup>4</sup> Die fachliche Aufsicht über stationäre Einrichtungen der Suchthilfe richtet sich nach den besonderen Vorschriften über stationäre Einrichtungen der Suchthilfe.<sup>10\*</sup>

Art. 6\* ...

Art. 7\* *Wirtschaftliche Aufsicht*  
a) *Unterlagen*

<sup>1</sup> Dem nach Art. 3 dieses Erlasses zuständigen Departement sind insbesondere einzureichen:

- a) Voranschlag und Jahresrechnung;
- b) die Berechnung der Leistungsabgeltung;
- c) Investitionsvorhaben;
- d) Beschlüsse über unvorhergesehene Ausgaben.
- e) Stellen- oder Pensenplan einschliesslich einer Übersicht über die Besoldungsansätze.

<sup>2</sup> Erfolgt die Leistungsabgeltung nach der Methode P (Pauschalen) der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>11</sup>, gelten die Vorgaben der Leistungsvereinbarung.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleiben besondere Richtlinien und Weisungen des nach Art. 3 dieses Erlasses zuständigen Departementes.

Art. 8\* *Anrechenbare Kosten*

<sup>1</sup> Das nach Art. 3 dieses Erlasses zuständige Departement legt die anrechenbaren Kosten fest.

Art. 9\* ...

Art. 10\* ...

### III. Kostenübernahmegarantie\*

(3.)

Art. 11\* *Zuständigkeit*

<sup>1</sup> Das Amt für Soziales ist Verbindungsstelle nach der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE.<sup>12</sup>

---

10 sGS 311.2; Art. 51 GesG, sGS 311.1; Art. 4 ff. und 16 f. VEG, sGS 325.11.

11 sGS 381.31.

12 sGS 381.31.

## 387.21

<sup>2</sup> Die aufnehmende Einrichtung reicht der Verbindungsstelle in der Regel vor der Unterbringung das Gesuch um Kostenübernahmegarantie ein.

<sup>3</sup> Die Verbindungsstelle prüft Vollständigkeit und Richtigkeit des Gesuchs.

<sup>4</sup> Die Einrichtung meldet der Verbindungsstelle Wohnsitzwechsel und Austritte der betreuten Personen.

### *Art. 12\* c) Einholen der Kostenübernahmegarantie*

<sup>1</sup> Die Verbindungsstelle holt Kostenübernahmegarantie ein für:

- a) Einrichtungen im Kanton St.Gallen, wenn ein ausserkantonaler Benützer aufgenommen wird;
- b) Kinder- und Jugendeinrichtungen, wenn eine strafrechtliche Unterbringung durch eine st.gallische Behörde vorliegt;
- c) ...

### *Art. 13\* Erteilen der Kostenübernahmegarantie* *a) Grundsatz*

<sup>1</sup> Die Verbindungsstelle erteilt Kostenübernahmegarantie.

<sup>2</sup> Für kantonale anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses erfolgt die Erteilung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Bildungsdepartementes.

<sup>2bis</sup> Für stationäre Einrichtungen der Suchthilfe nach Art. 1 Bst. e dieses Erlasses erfolgt die Erteilung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Gesundheitsdepartementes.\*

<sup>3</sup> Die Kostenübernahmegarantie kann befristet und mit Auflagen erfolgen.

### *Art. 13<sup>bis</sup>\* abis) Altersgrenze*

<sup>1</sup> Dauert eine vor dem Eintritt der Volljährigkeit begonnene Ausbildung der Sekundarstufe II länger, wird Kostenübernahmegarantie bis zum Abschluss dieser Ausbildung geleistet.

### *Art. 14\* b) Unterbringung in Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Sonderschulen*

<sup>1</sup> Kostenübernahmegarantie für Kinder- und Jugendeinrichtungen wird erteilt:

- a) bei der zivilrechtlichen Unterbringung, wenn die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde die Unterbringung beschlossen hat;
- b) bei der Unterbringung durch die Eltern, wenn die zuständige Behörde der Wohnsitzgemeinde Richtigkeit und Notwendigkeit bestätigt hat;

- c) bei der Unterbringung von ausserkantonalen Kindern und Jugendlichen in st.gallischen Sonderschulen oder von st.gallischen Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Sonderschulen.

*Art. 15\* c) Aufenthalt in Behinderteneinrichtungen*

<sup>1</sup> Die Kostenbeteiligung nach Art. 28 der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE<sup>13</sup> richtet sich nach dem Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung vom 7. August 2012<sup>14</sup>.

<sup>2</sup> Die anerkannte Einrichtung kann verpflichtet werden, bei Anpassung der Leistungsstufe eine neue Kostenübernahmegarantie einzuholen.

*Art. 15a\* cbis) Aufenthalt in stationären Einrichtungen der Suchthilfe*

<sup>1</sup> Die Kostenbeteiligung richtet sich nach dem Suchtgesetz vom 14. Januar 1999<sup>15</sup>.

*Art. 16\* d) Dauer*

<sup>1</sup> Die Kostenübernahmegarantie wird in der Regel für die Aufenthaltsdauer erteilt.

<sup>2</sup> Die Kosten der zivilrechtlichen Unterbringung nach Art. 43 des Sozialhilfegesetzes<sup>16</sup> werden jährlich aufgrund der budgetierten Leistungsabgeltung aufgeteilt.

*Art. 17\* Verweigerung der Kostenübernahmegarantie*

<sup>1</sup> Die Verbindungsstelle kann die Kostenübernahmegarantie verweigern, wenn:

- a) zwischen Leistung und Leistungsabgeltung ein offensichtliches Missverhältnis besteht;
- b) die Taxordnung nicht den tatsächlichen Betriebskosten angepasst ist.

<sup>2</sup> Für kantonal anerkannte Einrichtungen der Sonderschulung nach Art. 1 Bst. c dieses Erlasses erfolgt die Verweigerung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Bildungsdepartementes.

<sup>3</sup> Für stationäre Einrichtungen der Suchthilfe nach Art. 1 Bst. e dieses Erlasses erfolgt die Verweigerung der Kostenübernahmegarantie nach Weisung des Gesundheitsdepartementes.\*

---

13 sGS 381.31.

14 Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung, sGS 381.40.

15 sGS 311.2.

16 sGS 381.1.

#### **IV. Berechnung von Beiträgen der Unterhaltspflichtigen und Leistungsabgeltungen\***

(4.)

*Art. 18\* Beiträge der Unterhaltspflichtigen*  
*a) Höhe*

<sup>1</sup> Der Beitrag der Unterhaltspflichtigen beträgt Fr. 25.– je Tag.

*Art. 19\* b) Weiterverrechnung*

<sup>1</sup> Von der Sozialhilfe übernommene Beiträge der Unterhaltspflichtigen werden nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger<sup>17</sup>, dem Sozialhilfegesetz<sup>18</sup> und dem Strafprozessgesetz<sup>19</sup> weiterverrechnet. Abweichende Vereinbarungen über gegenseitige Rückerstattungspflichten bleiben vorbehalten.

*Art. 20\* Anrechenbarer Aufwand und Ertrag*  
*a) im Allgemeinen*

<sup>1</sup> Die zuständigen Departemente erlassen Richtlinien zu den anrechenbaren Gehaltsansätzen für das Fachpersonal. Für das Personal richten sich die Gehaltsansätze sachgemäss nach dem Anhang der Personalverordnung vom 13. Dezember 2011<sup>20</sup>.

*Art. 21\* b) heilpädagogische Gross- und Pflegefamilien*

<sup>1</sup> Für Pflegeeltern von heilpädagogischen Gross- und Pflegefamilien wird höchstens ein Gehalt für Erzieher nach der Sonderschulgesetzgebung angerechnet. Das Gehalt wird erhöht um:

- a) das 1,3-fache bei drei Pflegekindern;
- b) das 1,6-fache bei vier Pflegekindern;
- c) das Doppelte ab fünf Pflegekindern.

<sup>2</sup> Einkünfte aus Nebenerwerb gelten als Betriebsertrag, soweit sie zusammen mit dem erhöhten anrechenbaren Gehalt den Betrag nach Abs. 1 Bst. c dieser Bestimmung übersteigen.

<sup>3</sup> Die Naturalbezüge der leiblichen Familie werden nach den Richtlinien der eidgenössischen Steuerverwaltung über die Bewertung der Naturalbezüge bei Unterbringung von Kindern und Jugendlichen bewertet.

---

17 SR 851.1.

18 sGS 381.1.

19 sGS 962.1.

20 sGS 143.11.

Art. 22\* *Rückzahlung*

<sup>1</sup> Zu Unrecht bezogene Beiträge sind mit Zins zurückzuerstatten.

## **V. Schlussbestimmungen**

(5.)

Art. 23 <sup>21</sup>

Art. 24 *Vollzugsbeginn*

<sup>1</sup> Diese Verordnung wird ab 1. März 1989 angewendet.

---

21 Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

## \* Änderungstabelle - Nach Bestimmung

Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle	Erlassdatum	Vollzugsbeginn
Erlass	Grunderlass	34–67	17.01.1989	01.03.1989
Erlasstitel	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Ingress	geändert	34–65	26.05.1999	keine Angabe
Gliederungstitel 1.	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 1	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 1	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 1, Abs. 1, e)	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 2	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 3	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 3, Abs. 1, b)	geändert	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 3, Abs. 1, c)	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 4	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 5	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 5, Abs. 4	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 6	aufgehoben	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 7	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 8	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 9	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 10	aufgehoben	34–65	26.05.1999	keine Angabe
Gliederungstitel 3.	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 11	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 12	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 13	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 13, Abs. 2 <sup>bis</sup>	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 13 <sup>bis</sup>	geändert	48–47	11.12.2012	01.01.2013
Art. 14	geändert	48–47	11.12.2012	01.01.2013
Art. 15	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 15a	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Art. 16	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 17	geändert	44–82	26.05.2009	keine Angabe
Art. 17, Abs. 3	eingefügt	2015-037	16.12.2014	01.01.2015
Gliederungstitel 4.	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 18	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 19	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 20	geändert	48–38	11.12.2012	01.01.2013
Art. 21	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe
Art. 22	geändert	42–16	19.12.2006	keine Angabe

## \* Änderungstabelle - Nach Erlassdatum

Erlassdatum	Vollzugsbeginn	Bestimmung	Änderungstyp	nGS-Fundstelle
17.01.1989	01.03.1989	Erlass	Grunderlass	34-67
26.05.1999	keine Angabe	Ingress	geändert	34-65
26.05.1999	keine Angabe	Art. 10	aufgehoben	34-65
19.12.2006	keine Angabe	Art. 9	geändert	42-16
19.12.2006	keine Angabe	Gliederungstitel 3.	geändert	42-16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 16	geändert	42-16
19.12.2006	keine Angabe	Gliederungstitel 4.	geändert	42-16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 18	geändert	42-16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 19	geändert	42-16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 21	geändert	42-16
19.12.2006	keine Angabe	Art. 22	geändert	42-16
26.05.2009	keine Angabe	Erlasstitel	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Gliederungstitel 1.	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 1	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 4	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 6	aufgehoben	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 7	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 8	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 11	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 12	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 13	geändert	44-82
26.05.2009	keine Angabe	Art. 17	geändert	44-82
11.12.2012	01.01.2013	Art. 1	geändert	48-38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 2	geändert	48-38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 3	geändert	48-38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 5	geändert	48-38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 13 <sup>bis</sup>	geändert	48-47
11.12.2012	01.01.2013	Art. 14	geändert	48-47
11.12.2012	01.01.2013	Art. 15	geändert	48-38
11.12.2012	01.01.2013	Art. 20	geändert	48-38
16.12.2014	01.01.2015	Art. 1, Abs. 1, e)	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 3, Abs. 1, b)	geändert	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 3, Abs. 1, c)	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 5, Abs. 4	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 13, Abs. 2 <sup>bis</sup>	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 15a	eingefügt	2015-037
16.12.2014	01.01.2015	Art. 17, Abs. 3	eingefügt	2015-037